

Bundesverdienstkreuz für linken Anti- Abschiebeaktivisten aus Libanon



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Dem Anti-Abschiebeaktivisten und extrem linken Agitator Mohammed Jouni wurde am 8. November das Bundesverdienstkreuz verliehen. So etwas komplett Absurdes ist auch nur in Berlin möglich. Der libanesisch-stämmige bezeichnet unsere Gesellschaft als „superkapitalistisch“. Er sagt, dass er seit 23 Jahren in einem Staat lebe, „der abschiebt, der strukturelle und institutionelle Rassismen reproduziert“, der Menschen „in Lagern unterbringt“, der geflüchtete Kinder gesondert beschult – und der jetzt Menschen ehrt, die sich dagegen einsetzen.

Mohammed Jouni wundert sich also selber, dass ausgerechnet er angesichts seiner Aktivitäten auch noch mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde. Und der vermutliche Moslem sagt ganz offen: „Uns geht es nicht um Integration“.

Völlig grotesk ist, dass der Migrant aus dem Libanon, dem es also nicht um Integration geht, das Bundesverdienstkreuz auch noch aus den Händen der „Senatorin für Integration“ bekam. Elke Breitenbach von der Partei Die Linke hielt eine begeisterte Laudatio auf Mohammed Jouni und bezeichnete ihn als „Vorbild“.

Der Libanese Mohammed Jouni kam 1998 im Alter von 12 Jahren als unbegleiteter minderjähriger „Flüchtling“ nach Deutschland. Ein typisches Ankerkind. Später folgten seine Eltern und Geschwister. Asylrecht haben sie nicht, der Antrag wurde nach fünf Jahren abgelehnt.

Mit anderen Jugendlichen gründete Mohammed den Verein „Jugendliche ohne Grenzen“, der sich nach eigener Auskunft gegen „Rassismus, Faschismus & antimuslimischen Rassismus“ und für „das Rückkehrrecht für unsere abgeschobenen Freundinnen und Freunde“ einsetzt. Man will mehr „Teilhabe“ und ein Bleiberecht für alle. Außerdem auch noch die Gleichberechtigung von Flüchtlingen mit den Einheimischen, die Legalisierung von Menschen ohne Papiere sowie die Chancengleichheit vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeitsmarkt.

Jährlich veranstaltet die Gruppe eine Begleitveranstaltung zur Innenministerkonferenz, bei der sie den „Abschiebeminister“ des Jahres krönt. Mit ihrem öffentlichen Druck haben diese „Jugendliche ohne Grenzen“ 2007 dazu beigetragen, dass die Innenministerkonferenz beschloss, jungen Flüchtlingen mit Duldung unabhängig von ihrem Herkunftsland eine aufenthaltsrechtliche Perspektive zu gestatten.

Mohammed Jouni ist ein Multifunktionär in Sachen grenzenlose und unkontrollierte Zuwanderung. Er gehört zum Vorstand des Bundesfachverbands unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und war langjähriges Mitglied im Berliner Landesbeirat für Migration.

Für den ausgebildeten Krankenpfleger sei übrigens „die Religion ein Schlüssel“, um mit Patienten ins Gespräch zu kommen. Mit Moslems spreche er dabei über den Koran. Höchst aufschlussreich. Immerhin bete er mit Christen „manchmal“ das Vaterunser.

Seit 2017 ist er Schulpate der Paulo-Freire-Berufsfachschule

im Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Der gebürtige Libanese setzte sich auch jüngst vor dem Auswärtigen Amt für afghanische „Flüchtlinge“ ein, deren Angehörige im Herkunftsland zurückgeblieben waren. Dieser Mohammed Jouni sagt im Interview mit der taz wörtlich:

*„Im Beratungszentrum und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant*innen habe ich auch begriffen, dass das Ziel eben nicht Integration heißt. Ich muss mich nicht in eine rassistisch strukturierte Gesellschaft einfügen, sie akzeptieren und reproduzieren. Uns ging und geht es nicht darum, integrierte, gut ausgebildete, brauchbare Jugendliche zu werden, sondern darum, dass alle Menschen, die hier leben, ein Bleiberecht bekommen – egal, ob sie für diese kapitalistische Gesellschaft brauchbar oder ob sie alt oder krank sind oder kein Deutsch können, weil sie jahrelang in Lagern gelebt haben. Deshalb bleiben wir auch dran. Ich verstehe diese Auszeichnung als eine für uns alle. Deshalb habe ich sie auch nicht abgelehnt.“*

Das alles sind Gedankengänge, die auch einem kommunistischen Hirn entspringen könnten. Die Kombination Linksextrem plus mutmaßlich Politischer Islam bedeutet Alarmstufe dunkelrot. Und so einer bekommt das Bundesverdienstkreuz. Symptomatisch für den momentanen Geisteszustand der total bunten, willkommenskulturdurchtränkten, kompromisslos toleranten und konsequent selbstverleugnenden Republik.

Das rot-rot-grün regierte Berlin stellt hierbei den unbestrittenen Gipfel dieses Irrsinns dar. In einem Land, das, wenn es überdacht wäre, mittlerweile als geschlossene Anstalt bezeichnet werden müsste, um es mit den Worten von Henryk M. Broder zu sagen.



Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln.

Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.